Fax ✓

Ralf Ollert

Mitglied des Nürnberger Stadtrates
Wählergruppe Bürgerinitiative Ausländerstopp

Herrn OB
Dr. Maly

Nürnberg-Pass
Hier: Antrag für den Stadtrat

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für den Stadtrat stelle ich hiermit folgenden

Antrag:

Alle deutschen Empfänger von Arbeitslosengeld II erhalten auf Antrag den „Nürnberg-Pass".
An Ausländer wird kein „Nürnberg-Pass" mehr ausgestellt.

Begründung:

Der „Nürnberg-Pass" ist für Bürger mit keinem oder geringem Einkommen eine wichtige Hilfe, um am kulturellen Leben der Stadt teilnehmen und Freizeiteinrichtung nutzen zu können.
Allerdings darf für Ausländer kein Anreiz zur Einwanderung oder Verbleiben im „sozialen Netz" gegeben sein. Eine solche freiwillige Leistung würde auch den finanziellen Rahmen der Stadt sprengen.
So warnte der Präsident des deutschen Ifo-Institutes, Hans-Werner Sinn, in der Zeitschrift Capital (15/2004): „Deutschland ist ein Wohlfahrtsmagnet für die Armen dieser Welt. Die Zuwanderung in den Sozialstaat treibt dessen Kosten in die Höhe. Sie ist eine der Hauptursachen der öffentlichen Finanznot. Deutschland ist an einem Punkt angekommen, an dem es sich die Magnetwirkungen des Sozialstaates nicht mehr leisten kann."
Der bay. Innenminister Günter Beckstein erkennt, lt. NZ v. 19.10.04, dass „die Mehrheit nicht in Arbeit, sondern in unsere Sozialsysteme zugewandert ist."
Auch der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt kam jetzt zur späten Einsicht: „Mit einer demokratischen Gesellschaft ist das Konzept von Multi-Kulti schwer vereinbar. Insofern war es ein Fehler, dass wir zu Beginn der 60er Jahre Gastarbeiter aus fremden Kulturen ins Land holten." Diese Feststellung gilt natürlich insbesondere auch für die aktuelle Zuwanderung.
Bereits bis jetzt war Nürnberg mit einem Anteil von über 44 Prozent Nichtdeutscher bei den Sozialhilfeempfängern an der Spitze aller deutschen Großstädte. Auch wenn die Modalitäten

der Auszahlung von Leistungen an bisherige HLU-Empfänger mit „Hartz IV“ geändert wurden, wird die Stadt Nürnberg auch in Zukunft in diesem Bereich übermäßig belastet sein. Dieser Zustand ist auf Dauer weder wünschenswert noch zu finanzieren. Die Reduzierung, bzw. Streichung von freiwilligen Leistungen an Ausländer, ist aus volks- und haushaltspolitischen Gründen notwendig. Frei werdende finanzielle Mittel sind für die Förderung und Unterstützung deutscher Familien zu verwenden.

4.2.05

M.f.G.
R.Ollert



Pf. 610241, 90222 Nürnberg – Tel./Fax 646176 – Mobil 0177/6491126 – ollert@imail.de